

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 17

Artikel: Guinea : Paradebeispiel sowjetischer Entwicklungsstrategie
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093926>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Guinea —

Paradebeispiel sowjetischer Entwicklungsstrategie

Dr. Bohdan Gorski



Achmed Sékou Touré

Reich – und doch arm

Mit einem Bruttosozialprodukt je Einwohner von \$ 155 zählt Guinea zu den ärmsten Ländern der Welt.

Das ist erstaunlich auch auf dem Hintergrund des Entwicklungsproblems. Denn Guinea ist mit beachtlichen natürlichen Reichtümern ausgestattet: das Land verfügt über die Hälfte der bekannten Bauxitvorkommen der Erde (Aluminium); ferner über fast unermessliche Eisenerzlager, ergiebige Diamantenfelder und sogar Uran. Die Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion, einschliesslich Viehzucht und Fischerei, sind im Vergleich zu andern afrikanischen Ländern besonders günstig. Die Bevölkerung blickt auf eine lange landwirtschaftliche, handwerkliche und kaufmännische Tradition zurück. Guineische Bauern, Fulani-Viehzüchter, Schmiede, Goldschmiede und Kaufleute (dioula) sind wegen Fähigkeiten und Fleiss in ganz Westafrika bekannt und geschätzt.

Ideologische Wirtschaftspolitik

Guinea ist nach Ghana das zweite westafrikanische Land, das unabhängig wurde: am 2. Oktober 1958. Damals hat Achmed Sékou Touré bei der Abstimmung über die «Communauté Française» von de Gaulle die Neinparole ausgegeben, und zwar zugunsten einer «Freiheit in Armut». In der Folge sind die Franzosen ausgezogen, und mit ihnen wichtige Fachleute. Jahrelang wurde dieser abrupte Bruch als Ursache der guineischen Misere angesehen. Aber 20 Jahre später konnte jenem Ereignis nicht mehr alle Verantwortung überbürdet werden.

Im Jahre 1958 übernahm die Demokratische Partei Guineas (PDG) unter Sékou Touré die Macht. Regierung und Partei richteten sich auf Moskau aus. Leitbild wurde der Sozialismus. Die revolutionäre Erhebung gegen die ausländische und einheimische Ausbeuterklasse wurde als Entwicklungsstrategie ausgegeben. Das Ziel war eine sozialistische Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Entfremdung.

Auf dieser Linie erfolgten sehr rasch ordnungspolitische Massnahmen, wie:

- Verstaatlichung der Banken, des Geld- und Kreditwesens;
- Austritt aus der Franc-Zone und Devisenzwangswirtschaft;
- absolutes Aussenhandelsmonopol;
- absolutes Monopol des Binnenhandels, der durch ein dichtes Netz von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften mit festgesetzten Preisen kontrolliert wird;
- Organisation der Landwirtschaft mit Produktionsgenossenschaften;
- Verstaatlichung der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe.

Die Wirtschaftspolitik zielte auf eine autonome Selbstverwaltungswirtschaft, die sich in staatlichen und genossenschaftlichen Produktions- und Handelsorganisationen entfalten sollte.

Sozialistisches Ideal

Diesem sozialistischen Wirtschaftsmodell entsprach auch die staatspolitische Struktur. Die

Einheit von Staat und einziger politischer Partei ist gesetzlich verankert. Die führende Rolle der Partei (la prééminence du parti) wird konsequent hochgehalten. Sie ist Trägerin der Souveränität des Volkes und beansprucht eine Monopolstellung für alle gesellschaftliche Tätigkeit: jede Handlung von öffentlicher Wirkung muss von der Partei erlaubt werden.

Der gesamte Staatsapparat, einschliesslich Armee, Erziehung, Information, Justiz und Wirtschaft, ist gewissermassen Vollzugsorgan der Partei. Die Gewaltentrennung ist aufgehoben: gesetzgebende, gesetzausführende und rechtsprechende Instanzen sind den Anweisungen der Partei unterstellt.

In den grossen Zügen sind demnach im westafrikanischen Guinea eigene sozialistische Vorstellungen verwirklicht worden. 22 Jahre lang. Lang genug, dass Ergebnisse ein Urteil zu spre-

Mit 245 957 km² ist die westafrikanische Republik fast sechsmal so gross wie die Schweiz. Die Bevölkerung zählt rund 4,7 Millionen Einwohner und lebt ziemlich gleichmässig verteilt in den vier Regionen: Nieder-Guinea (mit der Hauptstadt Conakry), Mittel-Guinea (Bergland Fouta-Djallon), Ober-Guinea und Wald-Guinea. Ethnisch gehört die Bevölkerung vorwiegend zu den Sudan-Gruppen, besonders die Mandingo (15 Prozent Malinke, 5 Prozent Sussu, Kissi); etwa ein Viertel sind Fulbe. Mehr als 60 Prozent sind Muslime, 1 bis 2 Prozent Christen, daneben gibt es Anhänger von Naturreligionen.



chen vermögen. Eigentlich hätte Guinea als Pionier des authentischen, selbständigen Sozialismus in Afrika angepriesen werden müssen. Zumal der Weg dieses Landes den meisten heutigen linken Entwicklungsexperten als Heilslösung für die Dritte Welt vorschwebt. In Guinea ist sogar ungewollt die Abkoppelung getestet worden.

Sozialistische Wirklichkeit

Trotz jahrzehntelangen Bemühungen herrscht eine bemerkenswerte Funkstille an dieser entwicklungspolitischen Front. Die Erfolgsmeldungen blieben aus.

Die Beschäftigungsstruktur hat sich seit der Unabhängigkeit kaum verändert. Die Zahl der Lohnempfänger beträgt rund 100 000. Wichtigster Ar-

beitgeber ist die Verwaltung mit etwa 25 000 Funktionären, 17 000 Hilfskräften und 7000 örtlichen Hilfskräften. Die Industrie beschäftigt 6000 Menschen, 20 000 sind Hausangestellte, ebenso viele Lohnempfänger im industrialisierten Agrarsektor. In der traditionellen Landwirtschaft sind 85 Prozent des Volkes tätig.

Der Agrarsektor war vor der Unabhängigkeit der bedeutendste Wirtschaftszweig. Guinea war praktisch auf keine Importe von Nahrungsmitteln angewiesen. Noch 1958 hat die Landwirtschaft für den Binnenmarkt Produkte im Wert von 11,6 Mrd. CFA-Fr. geliefert. Der Exporterlös für Agrarprodukte, wie Kaffee, Bananen, Erdnüsse, Fleisch und Fische, betrug 5,7 Mrd. CFA-Fr. Bloss 6800 t Reis mussten importiert werden. Auf dem Agrarsektor wird das Versagen der kommunistischen Planwirtschaft besonders sichtbar. So sind denn auch die Reimporte Guineas in der Folge dauernd angestiegen: 1964: 39 000 t; 1965: 40 000 t; 1973: 100 000 t; 1978: 140 000 t.

Die Einführung der staatlich kontrollierten Genossenschaften, die Zwangsablieferung an die Ankaufsstellen zu Fixpreisen gelegentlich sogar unter den Gesteungskosten, eine schwerfällige Bürokratie, der Kampf der PDG gegen jeden «kapitalistischen Ansatz» und gegen das «Kleinbürgertum» hat Mittelstand, Kleinhandel und Gewerbe vernichtet. Nahrungsmittelproduktion und Binnenhandel haben darunter ganz erheblich gelitten. Das Armutsversprechen wurde eingelöst. Um eine Hungersnot von grösseren Ausmassen zu vermeiden, erhält Guinea Auslandshilfe. Nicht in erster Linie von der Sowjetunion, sondern von den USA. Das erklärt mindestens zum Teil, warum Guinea in der kommunistischen Propaganda vergessen blieb.

Boom im Bergbau

Einzig im Bergbau hat Guinea einen bedeutenden Aufschwung erlebt. Nicht etwa dank, sondern trotz der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der Abbau wirtschaftlich interessanter Mineralien hat verhältnismässig spät eingesetzt: Diamanten ab 1936, Bauxit ab 1950. Mittlerweile ist die Förderung stark gesteigert worden. Der Abbau von Bauxit hat von 5,4 Mio. t 1974 auf 15,5 Mio. t 1980 zugenommen. Dieser Erfolg wurde mit der Hilfe multinationaler Bergbaukonsortien möglich. Die Einnahmen aus diesen Exporten machen gegenwärtig 80 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes aus. Sie sind damit zur wichtigsten Stütze der Regierung geworden und decken den grössten Teil der Staatsausgaben.

Auf diese Weise vermag sich das Regime einigermaßen an der Macht zu halten. Der Staatschef Achmed Sékou Touré ist zugleich Generalsekretär der PDG und verfügt über alle Kommandohebel. Das findet einen bemerkenswerten Ausdruck auch in den Titeln, die er sich zugelegt hat: «le fidèle serviteur du peuple», «le responsable suprême de la révolution» (Französisch ist die Staats- und Verwaltungssprache). Die Macht ist in der Person Sékou Tourés vereinigt; er stützt sich auf Familie, Stamm und Partei. Trotz dem mit der Sowjetunion geteilten Bekenntnis zum Sozialismus hat es in den letzten Jahren zunehmend Reibereien mit Moskau gegeben.

Schwerer Weg zurück

Die Sowjetunion besass seit 1973 in Guinea eine Luftwaffenbasis, von der aus sowjetische TU-95-

Maschinen zur Beobachtung amerikanischer Flottenbewegungen im Südatlantik eingesetzt wurden. Moskau verlangte dann auch die Erlaubnis zur Errichtung eines Marinestützpunktes auf der Insel Tamara. Das geschah auf so hartnäckige Weise, dass Sékou Touré verstimmt wurde und den Sowjets im Mai 1978 die Benützung der Luftwaffenbasis verbot. Diese antworteten mit einem Lieferstopp für Treibstoffe.

Damit wurde eine Entwicklung sichtbar, die zögernd schon 1976 eingesetzt hatte. Damals fand sich Sékou Touré zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Frankreich bereit. Zwei Jahre später besuchte Präsident Giscard mit grossem Pomp Conakry. Seither leistet Frankreich wieder umfangreiche Wirtschaftshilfe.

Die UdSSR dagegen betrieb recht eigentlich Ausbeutung auch in Guinea. Die von westlichen Konzernen kontrollierte «Compagnie de bauxite de Guinée» (CBG) bezahlte 1975 für die Tonne Bauxit \$ 23, die unter sowjetischer Leitung stehende Kindia-Mine nur \$ 6. Die CBG warf damals 100 Mio. \$ jährlich ab und bestritt 70 Prozent der Deviseneinnahmen. Die Sowjets zahlten in Rubeln, nachdem sie vom Preis die Hälfte für Schuldentilgung abgezogen hatten. So kam Sékou Touré zur schmerzlichen Einsicht: «Die Sowjets sind kapitalistischer als die Kapitalisten.»

Sékou Touré hat den Weg zurück eingeschlagen. Ein gefährlicher Weg, weil die Bindungen zur Sowjetunion nur langsam und sachte gelöst werden dürfen. Als der südjemenitische Präsident Salem Rubayeh Ali eine Revision seiner pro-sowjetischen Aussenpolitik anstrebte, wurde er beseitigt. Das gleiche Schicksal widerfuhr Agostinho Neto, dem Präsidenten Angolas, als er seine Unabhängigkeit gegenüber Moskau zu betonen begann.

Das guineische Volk hat unter der Allianz mit Moskau enorm gelitten — genau wie alle andern Völker auch. Tausende von politischen Häftlingen und Hunderte von Hinrichtungen hat es gegeben. Ein Drittel der Bevölkerung ist geflüchtet. Eine weitere Bestätigung dafür, dass die grossen Fluchtbewegungen dieses Jahrhunderts durch den Kommunismus und den Nationalsozialismus verursacht worden sind. Die Wirtschaft wurde ruiniert, die Bevölkerung terrorisiert.

Guinea — der erste sozialistische und pro-sowjetische Staat Afrikas — hat bewiesen, dass die sozialistische Konzeption in eigener oder sowjetischer Form für keine der drei Welten taugt, nicht für die erste westliche, nicht für die zweite sowjetische und nicht für die dritte Welt der Entwicklungsländer.

In Kürze

Was ist vom «Eurokommunismus» übriggeblieben? Eine mittelbare Antwort darauf gibt Manuel Azcarate, der zur spanischen KP-Führung gehört, in einem Interview für die jugoslawische Zeitung «Vjesnik» (Zagreb, 15. 7. 80). Zweimal führt er «beispielhalber» eurokommunistische Parteien namentlich auf, aber beidemal beschränken sich seine Beispiele auf die eigene Partei und auf die italienische KP.

Ueber seine Verwerfung «jeglicher Art von Blockpolitik» führte Azcarate aus:

«Früher hatten wir Kommunisten geglaubt, der Friede würde um so stärker und sicherer, je stärker und machtvoller die Sowjetunion werde. Die Geschichte und unsere Erfahrung haben uns gezeigt, dass diese Vorstellung falsch war, dass wir uns jetzt darum bemühen sollten, die Spaltung der Welt in Blöcke zu überwinden. Deshalb glaube ich, dass die Kommunistischen Parteien in Westeuropa einen dritten Weg suchen sollten.»

Die grosse Ausgeglichenheit? Azcarate denunziert als gleichwertige Gefährdung des Friedens sowohl die amerikanische «Camp-David-Politik» (immerhin eine Friedenspolitik) als auch die «sowjetische Militärintervention in Afghanistan». Und den spanischen Beitrag zur Ueberwindung der Blockpolitik sieht er darin, dass Spanien der Nato fernbleibt. Sonst werde das «Gleichgewicht» bedroht. (Dieses wird in Wirklichkeit durch die ständige Vergrösserung des Sowjetlagers nicht etwa nur bedroht, sondern laufend zerstört.) Aber kann man es einem spanischen Kommunisten verargen, wenn er das nachsagt, was ihm nichtkommunistische Spitzenpolitiker und Mediengewaltige Westeuropas dauernd vorsagen? Moskau kann eigentlich mit sei-

nen eurokommunistischen «Häretikern» relativ ebenso zufrieden sein wie mit seinen westeuropäischen «Feinden».

Die Universität Nanking hat ein neues chinesisch-russisches Wörterbuch herausgegeben. Von den sowjetischen Medien ist es als untauglich bis unzumutbar taxiert worden. Weil schlecht sein muss, was aus China kommt? Nicht nur. Empörend finden die Moskauer Kritiker nämlich ganz konkret, dass man den Chinesen beibringt, was «Hände hoch!», «Ergebt euch!» und «Legt die Waffen nieder!» auf russisch heisst.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

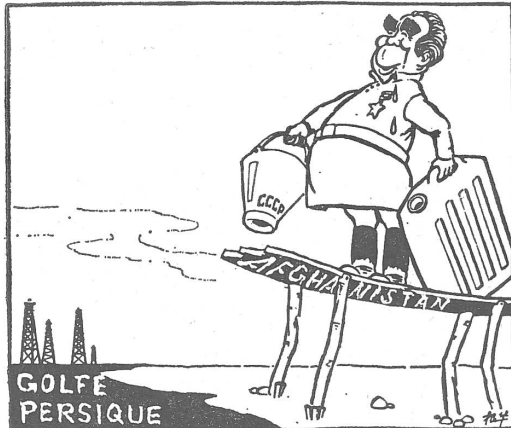
Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr./DM 2.-)

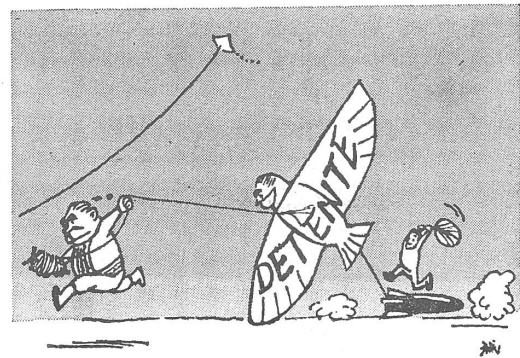


Entspannung, Afghanistan und die Sowjetunion

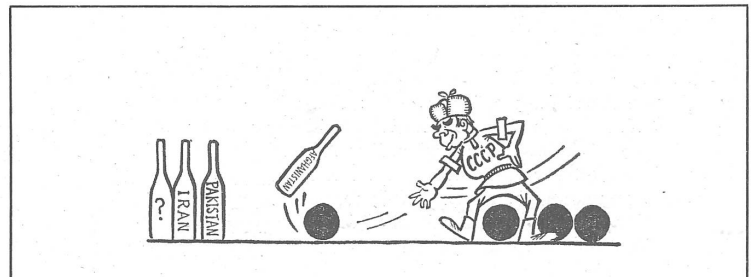
Aus der chinesischen Wochenzeitung
«Beijing Information», 1980



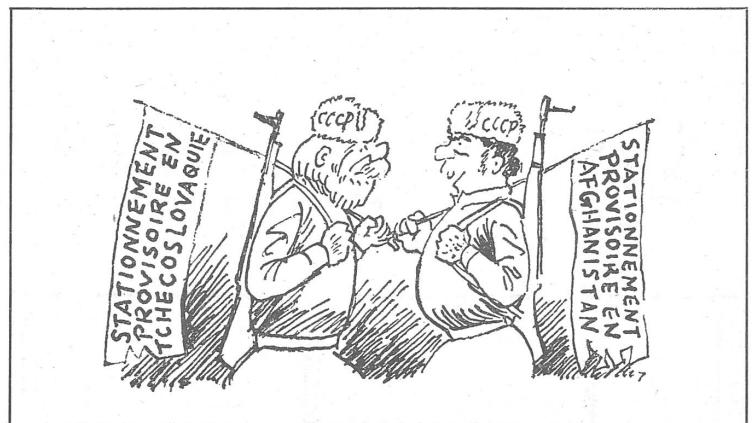
In seinem Mund läuft ... Öl zusammen



Moskaus «fliegender» Drachen.



Zum Ernten folge man dem Stengel.



«Du weißt ja, was das heisst, 'provisorische Stationierung'.»